

MEMORANDUM FÜR EINE STEUERWENDE

»...wenn ich jemanden betrogen habe, so gebe ich es vierfach zurück.« Zachäus (Lukas 19,8)

Steuern gegen den Überreichtum

„Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird.“

Diese Mahnung im Sozialwort der katholischen und evangelischen Kirche aus dem Jahr 1997 hatte einen Skandal angesprochen, der zu einem Mega-Skandal geworden ist. Inzwischen besitzen allein die beiden reichsten Familien in Deutschland mehr Vermögen als die „untere“ Hälfte der Bevölkerung – über 41 Mio. Menschen.

Würden alle Vermögen hierzulande genauso stark besteuert wie in Frankreich, Großbritannien oder den USA, hätte der Staat jedes Jahr 120 Mrd. € mehr Steuereinnahmen. Dann wäre in Deutschland genug Geld da für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem – für ein gutes Leben für alle. Ein Steuersystem, das die Reichen schont, ist ungerecht. Denn es verletzt den elementaren Gerechtigkeitsgrundsatz: Das Gleiche muss gleich und das Ungleiche ungleich behandelt werden.

Indes nimmt die Gerechtigkeitslücke im Steuersystem weiter zu – weltweit. Die Steuerpolitik ermöglicht in großem Stil Steuervermeidung im In- und Ausland. Lobbyisten des großen Geldes konnten immer wieder Steuerprivilegien durchsetzen, die vor allem Überreiche und transnationale Konzerne begünstigen. Währenddessen zahlen Konsument*innen und Lohnabhängige einen wachsenden Teil der Steuereinnahmen. Deshalb brauchen wir unverzüglich eine Steuerwende.

Der Überreichtum schafft ein Kernproblem unserer Zeit: die extreme Ungleichheit

Weltweit klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Vom gesamten Privatvermögen, das seit Mitte der 1990er Jahre angehäuft wurde, ging über ein Drittel an das reichste 1 % der Menschheit. Deutschland hat in der Vermögensungleichheit einen Spitzenplatz unter den Demokratien. Das Gesamtvermögen der fünf reichsten Milliardäre ist seit 2020 um rund drei Viertel gestiegen. Gleichzeitig leben über 14 Mio. Menschen ohne und auch mit Arbeit in Armut.

In vielen Ländern werden vor allem Vermögen, Erbschaften und Schenkungen immer geringer sowie Arbeit und Konsum immer stärker besteuert. In Deutschland ist dies besonders ausgeprägt. So ist die Vermögensteuer seit 1997 ausgesetzt, und die Politik findet nicht den Mut, sie wieder einzuführen. Wir wollen, dass großer Reichtum sich wieder für die Gesellschaft nützlich macht.

- Deshalb fordern wir eine demokratische Rückverteilung des Reichtums: durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, einen höheren Spitzensatz bei der Einkommensteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe.

Der Überreichtum bedroht die Demokratie

Jahr für Jahr werden in Deutschland zwischen 300 und 400 Mrd. € über Erbschaften oder Schenkungen weitergereicht. Die reichsten 10 % der Gesellschaft erhalten davon etwa die Hälfte, während die ärmeren 50 % fast nichts oder sogar Schulden erben. So entstammt die Hälfte aller Privatvermögen nicht mehr eigener Leistung, sondern wurde vererbt oder geschenkt. Die geringe Erbschaftsteuer verschärft wesentlich die ungleiche Vermögensverteilung. Es ist absurd, wenn besonders große Erbschaften im Schnitt geringer belastet werden als kleinere. Selbst Raucher*innen tragen durch die Tabaksteuer mehr zur Finanzierung des Staatshaushalts bei als Erben. Deshalb muss der Ungleichheit bei Vermögen weit mehr Aufmerksamkeit zukommen.

Dass riesige Vermögen nahezu ungeschmälert an nachfolgende Generationen vermacht werden, beeinträchtigt die Gleichheit der Lebenschancen und droht unsere Gesellschaft zu zerreißen. Ohne eine

Änderung der Erbschaftsteuer und eine Beendigung der exzessiven Steuerprivilegien für Überreiche wird Deutschland zu einer ungleichen Erbgesellschaft. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.

- Deshalb fordern wir eine höhere Erbschaftsteuer für große Vermögen, die das Leistungsprinzip ernst nimmt und eine Feudalisierung unserer Gesellschaft verhindert.

Der Überreichtum ist ökologisch zerstörerisch

Das reichste 1 % der Weltbevölkerung besitzt 45,6 % des weltweiten Vermögens und die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur 0,75 %. Zugleich verursacht dieses reichste Prozent so viele Treibhausgase wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren zwei Drittel ausmachen. Nicht anders in Deutschland: Die Menschen der ärmeren Hälfte verursachen Emissionen, die nur knapp über dem liegen, was die Klimaziele der Bundesregierung für 2030 mit 5 Tonnen CO₂ pro Kopf vorsehen. Beim reichsten Prozent beläuft sich dieser Wert auf mehr als 83 Tonnen. Damit befeuert extremer Reichtum die Klimakrise erheblich.

Vor diesem Hintergrund braucht es für eine wirksame Bekämpfung der Klimakrise unbedingt eine ökologisch und sozial gerechte Steuerpolitik, die Verschmutzungsverantwortung und Reichtum zusammen denkt und die Überreichen im Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen stärker in die Pflicht nimmt und zur Kasse bittet.

Die aktuelle, einheitliche Emissions-Bepreisung ist ungerecht, da sie Haushalte mit geringem Einkommen überproportional belastet, wohingegen die Steuerbelastung mit steigenden Einkommen relativ sinkt. Weitaus fairer und effektiver wäre eine progressive, also mit dem Emissionsniveau ansteigende Steuer. Diese Steuer ließe sich so gestalten, dass sie Menschen mit geringen Emissionen und kleinem Geldbeutel nicht belastet – etwa indem sie erst ab einer jährlichen Emissionsmenge von fünf Tonnen CO₂ greift. So würde sie nahezu vollständig auf Reiche und Überreiche entfallen.

Luxus-Konsum und Lebensstil der Überreichen machen indes nur den kleineren Teil von deren immenser Klimabelastung aus. Vielmehr sind es beim oberen Prozent der Weltbevölkerung deren (Anlage-)Vermögen, die für mehr als 70 % der gesamten Emissionen verantwortlich sind – allem voran Investments in klimaschädliche Aktien bzw. Fonds. Diese große Bedeutung vermögensinduzierter Treibhausgase wird in der (Steuer-)Politik bislang völlig unzureichend berücksichtigt. Dabei zeigen Studien, dass Milliardär*innen die Emissionen ihrer Investitionen schon allein dadurch auf ein Viertel reduzieren könnten, wenn sie diese in Fonds mit strengeren Umwelt- und Sozialstandards verlagern würden.

- Deshalb fordern wir – in Ergänzung der bestehenden Emissionshandelssysteme – sozialverträglich wie verursachergerecht eine „CO₂-Verbrauchsteuer“ (Carbon Tax) im vorgenannten Design und eine „CO₂-Vermögensteuer“ (Carbon Wealth Tax), die entweder an die Höhe der Emissionen des jeweiligen Aktienvermögens oder an die Dividenden aus „braunen“ Aktien geknüpft ist, um (1) die Ungleichheit zu verringern, (2) kohlenstoffarme Innovationen zu stimulieren und (3) den Staaten zusätzliche Einnahmen zu erschließen, um die Kosten der sozial-ökologischen Transformation schultern zu können.

Ökumenische Zachäuskampagne für Steuergerechtigkeit

Eine soziale und ökologische Gesellschaft braucht ein gerechtes Steuersystem und ausreichende Steuereinnahmen. Die Steuerpolitik ist Ausdruck dafür, wer in einer Gesellschaft das Sagen hat. Steuern sind der Schlüssel, der von entscheidender Bedeutung dafür ist, wie gerecht, demokratisch und nachhaltig eine Gesellschaft ist. Was ist einer Gesellschaft das wert, was über Steuern allen zur Verfügung gestellt wird – Schulen, Schwimmbäder, Renten, Verkehr, Krankenhäuser, Feuerwehr und vieles mehr? Es geht bei dieser Grundfrage um nicht mehr und nicht weniger als um eine demokratische und solidarische Gesellschaft. Steuern müssen dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben ermöglichen. Sie sind das Instrument des Staates, mit dem der übergroße Reichtum der Wenigen für die Gesellschaft nützlich gemacht wird. So wären Steuern der Preis für eine sozial wie ökologisch gerechte Gesellschaft.

Deutschland hat zuvorderst ein Einnahmeproblem und weniger ein Ausgabeproblem. Weil die Politik das aber bislang nicht sehen will, kürzt sie im Bereich Soziales, Gesundheit und Bildung bei den

Armen schont die Reichen. Angesichts des Erstarkens antidemokratischer und autoritärer Tendenzen benötigt unsere Demokratie mehr denn je einen starken und nachhaltig finanzierten Sozialstaat.

Mit diesem Memorandum, das im Kontext der von uns koordinierten Zachäus-Kampagne entstanden ist, möchte Kairos Europa ein Ausrufezeichen zur Abwehr der Angriffe auf den Sozialstaat und für die gerechte Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation setzen. Die Kampagne ist benannt nach dem biblischen Vorbild des Zöllners Zachäus. Er gab die Hälfte seines Vermögens den Armen und erstattete zurück, was er sich unrechtmäßig angeeignet hatte. Der biblische Zachäus steht für das Anliegen der Gerechtigkeit im Sinne der Tora: „Es darf keine Armut unter euch geben!“ (5. Mose 15,4). Das bedeutet für christliche Kirchen und Werke, den Interessen der Mächtigen und Vermögenden und ihrem Widerstand gegen eine faire Steuerpolitik entgegenzutreten. Wenn die Politik den Sozialstaat stärken, Armut überwinden und die Klimakrise bewältigen will, dann muss sie den Mut zur Gerechtigkeit haben.

Wir laden kirchliche und zivilgesellschaftliche Akteure aus allen Bereichen zur Unterstützung der Zachäus-Kampagne für ein gerechtes, solidarisches und ökologisches Steuersystem und eine engere Zusammenarbeit für mehr Steuergerechtigkeit ein!

Mehr Informationen: <https://zachaeus-kampagne.de>

Kontakt: Kairos Europa e.V. | Martin Gück | 0176 54471059 | gueck@kairoseuropa.de